

Editorial

«Degrowth» ist noch kein im allgemeinen Sprachgebrauch und Bewusstsein angekommenes Wort. Die Übersetzungsmaschine deepL übersetzt es mit «Rückentwicklung» oder «Rückbildung» ins Deutsche. Eine mehr vom polit-ökonomischen Kontext ausgehende Übersetzung könnte «Entwachstum», «Wachstumsrücknahme», «Wirtschaft ohne Wachstum» oder auch «Postwachstum» lauten. Wenn auch noch nicht etabliert, so sickert «Degrowth» aber doch mehr und mehr in die Alltagssprache ein; davon zeugen zum Beispiel die etwa 4,5 Millionen Googleeinträge. Vor allem in der Wissenschaft wurden «Degrowth» und «Postwachstum» zu einem breit verankerten Paradigma für Wachstums- und neu belebte Kapitalismuskritik. Die zum Thema gehörenden Publikationen lassen sich kaum überblicken, mittlerweile liegen sogar Einführungsbände vor, und es findet eine Vernetzung von kritischer Wissenschaft mit auf sozialökologische Transformation orientierenden Bewegungen statt. Die differenzierte Auseinandersetzung, die mittlerweile innerhalb der Linken dazu stattfindet, nimmt der *Widerspruch* zum Anlass für das vorliegende Heft.

In linken Zusammenhängen popularisierte sich der Begriff wohl vor allem zur Hochkonjunktur der globalisierungskritischen Bewegung in den 2000er-Jahren, und zwar mit Bezug auf die aus Frankreich stammende Décroissance-Bewegung. Sie stellte eine wenig diskursmächtige Minderheit dar, was sich stark geändert hat. Damals waren nicht nur, aber insbesondere Marxist:innen dem Konzept gegenüber kritisch eingestellt – aus Gründen der Kritik an Verzichtsaufforderungen an breite Bevölkerungsmehrheiten, der individuellen Inpflichtnahme von Konsument:innen und dem Produktivitäts- und Techniksteigerungen zugeschriebenen Befreiungspotenzial. 2020 hat mit Kohei Saito nun ausgerechnet ein Marxist einen internationalen Bestseller geschrieben, der Produktions- und Vergesellschaftungsweisen ändern will und einen «Degrowth-Kommunismus» vorschlägt.

Die Debatten und Praktiken rund um qualitatives anstelle von quantitativem Wachstum, um Planung und die Orientierung an Bedarfs- und Ge-

brauchswerten sowie Gemeingütern/commons sind alt und werden zunehmend produktiv mit dem Degrowth-Paradigma verbunden. Zum Beispiel im Zusammenhang mit der Frage, welche Wirtschaftsbereiche schrumpfen müssen – etwa die gewollte Obsoleszenz, die Finanz-, Flugverkehr- oder Werbebranche – und welche Bereiche wachsen sollen, zum Beispiel Gesundheit und Bildung (Graff, Herzog). Oder im Zusammenhang mit feministischen Subsistenz- und Careüberlegungen (Baier, Sançar), die von der makrostrukturellen Ebene oft einen Bogen zu alltäglichen Verhaltensweisen schlagen, ohne in die Falle zu tappen, systemische Grenzen als individuell veränderbar darzustellen. Und auch unter Umgehung einer anderen Gefahr, sich nämlich auf den Rücken zu legen und fatalistisch abzuwarten, weil uns als einzelnen ja die Hände gebunden sind, wenn es um die Veränderung von Grossstrukturen geht. Feministische Bezüge geraten allzu leicht in Vergessenheit, stellten aber schon früh Degrowth-Überlegungen *avant la lettre* an, zum Beispiel im Rahmen des Bielefelder ökofeministischen Subsistenzansatzes (Baier).

Degrowth-Debatten sind hingegen keineswegs auf linke, das heisst auf sozialegalitäre Gesellschaften hinarbeitende Zusammenhänge beschränkt. Angesichts der enormen sozioökologischen Problematiken unterhält selbst die EU-Kommission eine Initiative namens *Beyond GDP* und auch vom Intergovernmental Panel on Climate Change IPCC wird die Koppelung von Wohlstand und Wachstum infrage gestellt. Spätestens seit der Meadows-Studie *Grenzen des Wachstums* (1972) sind die zerstörerischen Auswirkungen der «imperialen Lebensweise» (Brand/Wissen) schliesslich bekannt. Da seither Studie um Studie, Konferenz um Konferenz weitgehend folgenlos blieben, muss aber angezweifelt werden, dass die herrschende Politik über genügend Hebel verfügt (und verfügen will), um sich mit Wirtschaftslobbys und Kapitaleigentümern anzulegen oder die Eigentumsverhältnisse anzutasten. Bekanntlich liegen die Investitionen der Besitzenden nur allzu oft in extraktiven Werten auf die Zukunft, und ihr Interesse am erforderlichen Wandel hält sich in engen Grenzen (Graff).

Gleichzeitig muss die herrschende Politik die mit der Erderwärmung verbundenen zerstörerischen Prozesse anerkennen und Anstrengungen unternehmen, sie zu adressieren. Zukunftsprognosen, die mit statistischer Wahrscheinlichkeit berechnet werden, prägen unseren Alltag und verheissen nichts Gutes. Wir können uns heute weitaus genauer als 1972 vorstellen, was passiert, wenn sich die Erde um zwei, drei oder vier Grad erwärmen sollte. Und wir können auch wissen, wen es besonders treffen wird und wen vielleicht eher später oder in abgemilderter Form. Im Zusammenhang mit

der anthropogenen Klimaerwärmung, der Endlichkeit natürlicher Ressourcen, dem Überschreiten planetarer Grenzen, den berüchtigten «Kipppunkten» und den damit einhergehenden Verteilungs- und Interessenskonflikten ist schon von einer «unbewohnbaren Erde» die Rede (David Wallace-Wells, *The uninhabitable earth*). Die drohenden Katastrophen lassen sich nicht mehr ignorieren und bagatellisieren, wie es jahrzehntelang geschah – explizit durch die fossile Industrie, die in heute als korrumpiert entlarvten Studien Zweifel an der Echtheit des «Klimawandels» säte. Bereits der Begriff des «Wandels» spielt der fossilen Industrie und den sie finanzierenden Banken in die Hände, da das Klima so zum handelnden Subjekt erhöht wird und die tatsächlich Handelnden beziehungsweise Verursachenden dahinter zu verschwinden drohen (Keller). Als Gipfel aller Verdrängungsleistungen kann man die in westlichen Ländern favorisierte Scheinlösung bezeichnen, welche die ans Wachstum gekoppelte Wohlstandsillusion intakt lässt und in einer marktkompatiblen Umkehr namens nachhaltigem Wachstum / grünem Kapitalismus besteht. Deren Logik verblüfft durch eine unverbrüchliche Zuversicht in moderne Technologien und die Annahme, dass die Wende schon komme, wenn sich erst das Geschäft mit alternativen Energien zum richtigen «Business» entwickelt habe.

Um dieses grüne Business als Heilserzählung unserer Zeit zu dekonstruieren, bemüht sich linke Degrowth-Kritik, Voraussetzungen, Hintergrundbedingungen und Risiken des kapitalistischen Wachstums herauszuarbeiten und zu politisieren. Zwar stimmt es, dass es als erstes für die Armen prekär wird, wenn der Wirtschaftsmotor ins Stocken gerät – die Coronapandemie zeigte das eindringlich. Für abhängig Beschäftigte, bezahlt oder unbezahlt im Sorgebereich Tätige und kleine Unternehmen gilt dies gleich nach den Bedürftigen ebenso. Umgekehrt stimmt aber das Mantra nicht, dass hohe Wachstumszahlen mehr Wohlstand für alle bedeuten würden. Etwas verkürzt und schematisiert ausgedrückt, bedeutet Wachstum im Kapitalismus nämlich keineswegs allein eine steigende Menge an Gütern und Dienstleistungen, die dann unter der Bevölkerung verteilt würde. Die Steigerung wird vielmehr unter Verwertungsbedingungen erwirtschaftet, was sich in einem vereinfachten, fiktiven Beispiel wie folgt lesen könnte. Ein Unternehmen investiert 100 000 Franken, um 120 000 Franken zu erwirtschaften. In der nächsten Runde investiert es die 120 000 Franken, um 144 000 Franken zu bekommen. Investitionen geschehen nicht um ihrer selbst willen, sondern sie müssen sich lohnen, was vor allem jene – und eben nicht alle – reicher macht, die investieren können.

Die Verwertung funktioniert nicht nur, wie von der Arbeiter:innenbe-

wegung seit je zu Recht kritisiert, auf der Ausbeutung von Lohnarbeit, sondern ebenso auf der Ausbeutung von «nichtökonomischen Hintergründen» wie der sozialen Reproduktion, der Natur oder Gemeingütern, welche die Basis für die Gratis-(Re-)Produktion des «ökonomischen Vordergrunds» (Fraser/Jaeggi) darstellen. In internationaler und historischer Perspektive schliesslich beruht das Wachstum von reichen Ländern wesentlich auf der Tatsache, dass Menschen in Kolonien und peripheren Ländern ausgebeutet und enteignet wurden und werden. Heute werden diese Länder genötigt, ihre Wirtschaften auf Rohstoffexporte auszurichten, während die Verschuldung eigenständige Entwicklungen verhindert (Graack/Jaspert/Wörner) und immer weitere Teile ihrer Umwelt und Kultur extraktivistisch verwertet werden (Streule).

Obschon Degrowth als umbrella term – als eine Art Oberbegriff für verschiedenste Strömungen – erscheinen kann, sei die Vorstellung, es handle sich um eine neue einheitliche Erzählung, abschliessend korrigiert. Das würde die Widersprüche zwischen den Ansätzen unsichtbar machen, deren differenzierte Bearbeitung immer auch zur Verständigung auf gemeinsame Forderungen und Kampfformen beitragen kann. Vorderhand handelt es sich bei linken Degrowth-Ansätzen um ein heterogenes, von produktiven Unstimmigkeiten durchzogenes Feld, in dem ökologische, feministische und ökosozialistische Kritik, Kapitalismus- und Technik- ebenso wie postkoloniale Kritik formuliert wird. Dabei setzt kaum jemand auf die blinde Technikgläubigkeit der neoliberalen/neoklassischen Wirtschaftsschulen, die qua Hoffnung auf technische Innovationen (zum Beispiel Geoengineering) Symptombekämpfung mit noch nicht absehbaren Folgen betreiben und die Ursachen der ökosozialen Krise ausblenden oder noch verschlimmern. Inwiefern technische Lösungen helfen, ist auf der Linken dennoch eine der wesentlichen Fragen, an der sich die Geister scheiden. Während die einen, eher marxistischen Kritiken technischen Fortschritt ohne Profitmaximierung befürworten (Graff), schlagen andere einfachere, Komplexität reduzierende «Low-Tech»-Technologien vor (Dellsperger) oder zweifeln an technik- und expertisebasierten Steuerungs- und Herrschaftsformen (Weber).

Eine weitere Herausforderung linker Degrowth-Kritik ist die fehlende Eindeutigkeit der Verantwortlichkeiten. Zwar lassen sich Hauptverantwortliche – die grössten fossilen Konzerne oder die Superreichen – benennen, doch sind wir im Globalen Norden alle Teil des Problems, allein durch unsere Infrastruktur und eine strukturell auf vielerlei Art und Weise vorgeprägte Lebensweise. Avantgardistische Ausstiege daraus werden immer wieder praktiziert und können wichtige Anstösse geben, gleichzeitig dürfte

aber weitgehend Konsens sein, dass eine solidarische, sozialökologisch verträgliche Lebens- und Wirtschaftsweise von Bevölkerungsmehrheiten mitgetragen werden können muss (teils durchaus im Heute umsetzbar, vgl. die Beiträge von Baier und Dellsperger).

Hinzu kommt die Sorge, dass beschränkte Ressourcen womöglich nicht für alle reichen; sie drängt zunehmend von den rechten Rändern in die bürgerliche Mitte. Und sie lässt, noch bevor tatsächliche Verteilungskämpfe anstehen, «die Anderen» als abzuwehrende Konkurrent:innen erscheinen. Rechtsrutsch, autoritäre Versuchungen und dahinter liegende, mit Ressentiments unterfütterte Ängste stellen daher den einen Pfad dar, unter dessen Vorgabe zukünftige Politik stattfinden könnte. Angesichts der aktuellen politischen Kräfteverhältnisse ist er leider nicht unwahrscheinlich. Was aber nicht heisst, dass das Möglichkeitsfenster für andere Entwicklungspfade der Infragestellung von kapitalistischem Wachstum und Organisation von solidarischen Alternativen geschlossen wäre.

In eigener Sache: Mediale Umbrüche, sich veränderndes Leseverhalten und mit ehrenamtlicher Arbeit verbundene Herausforderungen machen auch dem *Widerspruch* zu schaffen. 2024 erscheint daher lediglich Heft 82, und den Rest des Jahres werden Redaktion und Beirat nutzen, um den *Widerspruch* konzeptionell und organisatorisch neu aufzustellen. Sobald Näheres spruchreif ist, informieren wir. Bis dahin (und darüber hinaus) sind wir auf Spenden angewiesen, da der Widerspruch selbstorganisiert und auf finanziell prekärer Basis funktioniert.

Die Redaktion, Februar 2024